

Rede Bernhard Trautvetter Friedensdemo Essen 12.Nov. 2023

Wir bilden hier heute ein breites Spektrum ab, das von der CDU über die SPD und Grüne bis zu den Linken reicht, so wie das auch immer für die Friedensbewegung gilt und galt. Danke, dass Ihr alle da seid, Ich spreche hier als jemand, der seit Jahrzehnten in verschiedenen Bezügen für den Frieden aktiv ist. Mir geht es um die Würde eines jeden Menschen, gleich welcher Herkunft. Wenn ich die Bilder aus Gaza sehe und die Nachrichten von dort aufnehme, dann ist klar: wir haben einen sofortigen Waffenstillstand zu fordern. Wir verurteilen hier sicher alle die von der Hamas verübten Gräueltaten ohne Wenn und Aber, so auch die Unterstützung des Terrors durch Demonstranten auf unseren Straßen.. Ich erinnere mich noch sehr klar an Open-Air-Festivals in meiner Jugend; die vielen jungen Menschen, die gerade auf dem Trance-Festival bei Tel Aviv friedlich feierten, flohen am 7.Oktober von jetzt auf gleich panisch vor dem Terror einige schafften es nicht, und sie sind jetzt unter den Geiseln, die Angst um Ihr Leben haben. Jetzt geht es darum, die Gewalt zu überwinden. Die Denkschrift der evangelischen Kirche in Deutschland gibt an, dass die Grenze legitimer Selbstverteidigung in der Ethik der Mittel liegt. Sie hat verhältnismäßig zu sein, Unbeteiligte zu schützen und im Rahmen eines Friedenskonzepts das zivile Leben schützen. Die Empathie und Solidarität mit allen Gewaltopfern führt uns nicht dazu, die repressive Politik der rechten Netanjahu-Regierung zu tolerieren. Netanjahu kam erstmals 1995 in der Folge eines Mordanschlags eines rechten Israelis gegen den friedensorientierten Ministerpräsident Jizschak Rabin an die Macht. Rabin hatte mit Yassir Arafat von der Palästinensischen Befreiungsorganisation –PLO– vor drei Jahrzehnten im Oslo-Abkommen die Eigenstaatlichkeit Palästina vereinbart, wofür die beiden den Friedensnobelpreis erhielten. In der Folge dieses Mordes gewann mit [Netanjahu's Likud](#) das Lager die Neuwahlen, das die Stimmung mit Hetze angeheizt hatte. Rabins Witwe prangerte die Mitverantwortung von Netanjahu's Partei für das aufgeheizte Klima an, in dem der Mord geschah. Die ungerechte Politik des rechten Lagers um Netanjahu bedeutet, dass Solidarität mit Israel etwas anderes ist, als die bedingungs-lose Unterstützung dieser Regierung, über die die [Jerusalem Post vor einem Jahr](#) schrieb, sie wird die Konturen eines faschistischen Staates annehmen.

Wir wenden uns gegen jede Dämonisierung von Menschen, gegen jeden Menschenhass. Rassismus beraubt Menschen ihrer humanitären Rechte und Würde. Nie wieder darf hierzulande Hass auf Jüdinnen und Juden, nie wieder darf gruppenbezogene Menschen-feindlichkeit toleriert werden und auch nicht anderswo. Genauso ist es abzulehnen, wenn Kritik an der Netanjahu-Regierung als Antisemitismus diffamiert wird.

In der israelischen Zeitung [HAARETZ](#) war vorgestern folgendes zu lesen: „All das Gerede darüber, ob es sich bei dem, was in Gaza geschieht, um einen Völkermord, ein Massaker oder eine ethnische Säuberung handelt, all diese Fragen und Diskussionen werden durch das Ausmaß der Zerstörung und des Verlusts von Menschenleben in Gaza in den Schatten gestellt. Es gibt Berichte über Tausende von Toten, von Waisenkindern, die darauf warten, dass jemand sie aus Krankenhäusern abholt. Diese sind nicht mehr in der Lage, Menschen zu behandeln. Es mangelt an Essen und Trinkwasser. Auf den Straßen stapeln

sich Leichen. Es herrscht Chaos. Dringend notwendig ist ein sofortiger Waffenstillstand.“ Wenn ich das hier zitiere, relativiere oder gar rechtfertige ich keinerlei Terror gegen Menschen in Nahost. Jene, die mir das vorwerfen die verurteile ich angesichts der einseitigen Meinungsmache in unserem Land nicht dafür, ich suche mit ihnen das Gespräch. Wir dürfen nicht sprachlos werden!

Klar ist, dass die Einhaltung des Völkerrechts der einzig realistische Weg zum Frieden. Es geht um ein gleichberechtigtes Miteinander in Respekt vor der Würde jedes Menschen in allen politischen, menschlichen und sozialen Belangen.

Die Weltsicherheitsrats-Resolution 242 verlangt von allen Seiten im Nahen Osten, „auf einen gerechten und dauerhaften Frieden hinarbeiten“. Konkret bedeutet das laut UNO-Text im Punkt eins der Resolution den Rückzug der israelischen Armee „aus Gebieten, die ...besetzt wurden.“ Im Punkt 2 verlangt der Weltsicherheitsrat die „Achtung und Anerkennung der Souveränität, territorialen Unversehrtheit und politischen Unabhängigkeit eines jeden Staates in der Region und seines Rechts, innerhalb sicherer und anerkannter Grenzen frei von Androhung oder Akten der Gewalt in Frieden zu leben.“ Dies gilt für Israel und Palästina gleichermaßen. Dem folgte das Abkommen zwischen Rabin und Arafat vor dreißig Jahren, in dem sich beide Parteien sich auf eine friedliche Koexistenz und gegenseitige Anerkennung einigten, einschließlich des Existenzrechts Israels. Ziel des Abkommens war, dass sich die Palästinenser im Gazastreifen und im Westjordanland selbst verwalten und dass Israel sich zurückzieht.

Die Forderungen nach einem Waffenstillstand, die jetzt im Vordergrund vieler Friedensinitiativen steht, begründet Amnesty International entsprechend so:

- Ein Waffenstillstand würde alle rechtswidrigen Angriffe aller Parteien beenden.
- Er wäre die Grundlage dafür, dass Hilfsorganisationen lebensnotwendige Güter, Wasser und medizinische Versorgung in den Gazastreifen bringen könnten.
- Ein Waffenstillstand könnte auch die Möglichkeit bieten, über die Freilassung der im Gazastreifen festgehaltenen Geiseln zu verhandeln.

Wir hier stehen für das Völkerrecht und für die humanitären Rechte, für Diplomatie statt Macht- und Gewaltpolitik. Damit tragen wir auch zur Bewahrung des Lebensraums der Menschheit bei.